Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 48-49; sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 103; W. 35, Potsdamerstr. 23; C. 2, Königstr. 56/57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Große Frankfurterstr. 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspeditoren.

Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis

für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochblatt „ULK“, die feuilles. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf., Ausland excl. Postaufschlag, für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserates Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: W. 8, Leipzigerstr. 103; W. 35, Potsdamerstr. 23; C. 2, Königstr. 56 57; S. 14, Prinzenstr. 41; NW. 52, Alt-Moabit 138; N. 4, Chausseestr. 16; NO. 18, Gr. Frankfurterstr. 33, angenommen.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 231. Berlin, Donnerstag, den 8. Mai 1902. XXXI. Jahrgang.

Hierzu die Illustrirte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 37.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer des „Berliner Tageblatts“ am Freitag, den 9. Mai, Abends.

Ein freies Wort über die deutschen Universitäten.

In den letzten Jahren hat sich die Oeffentlichkeit wiederholt mit den Zuständen auf den deutschen Universitäten beschäftigen müssen. Die Regierung sucht zumal in Preußen den stärkeren Einfluß auf die Dozenten zu gewinnen, was in der lex Arons und in der Disziplinaruntersuchung gegen Professor Delbrück zum Ausdruck kam. Auch die Berufung des jungen Professors Spahn als katholischen Geschichtsprofessor nach Straßburg mußte als eine Bedrohung der freien Forschung und der voraussetzungslosen Wissenschaft erscheinen. Aber es fehlt darüber hinaus nicht an Angriffen gegen die Universitäten im Ganzen wie im Einzelnen; man bestreitet ihre wissenschaftliche Bedeutung, man bemängelt die unpraktischen Vorlesungen; die Orthodoxie klagt über die zügellose Forschung, der Radikalismus spottet über die ängstlichen Katheder-Helden. Auch das freie Studentenleben gereicht vielfach zum Aergernis; und nicht einflußlos ist die Schaar Derer, die es liebsten die englischen Einrichtungen nachahmen oder die deutschen Studenten, wie es Cecil Rhodes in seinem Testament versuchte, in die Klosterschulen von Oxford und Cambridge schicken möchten.

In dieser Verwirrung Klarheit zu schaffen, hat der treffliche Philosoph unserer Berliner Hochschule, Professor Friedrich Paulsen, einer der besten Kenner der Geschichte des gelehrten Unterrichts, unternommen. Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium*) nennt er sein umfangreiches Werk, das alles in den Kreis seiner Betrachtungen zieht, was auf das äußere und innere Leben der deutschen Hochschulen Bezug hat. Es ist ein höchst erfreuliches Buch in jeder Hinsicht; freiheitlicher Sinn eint sich mit ihm mit ruhiger Besonnenheit. Paulsen findet durchaus nicht alles Hergebrachte lobenswerth, und bisweilen hält er angerissenen Mißbräuchen gegenüber mit scharfem Tadel nicht zurück, aber man spürt es doch überall, daß dieses Werk aus warmem Herzen geschaffen wurde, mit Liebe zur akademischen Jugend, mit Duldsamkeit gegen Menschlichkeiten, und und besonnen, dabei vorwärtsdrängend. Aus der Grundüberzeugung, daß unsere Universitäten gesunde, lebende und lebenschaffende Anstalten sind, ist das Buch geschrieben; sie bedeuten etwas, das uns kein anderes Volk nachmachen kann, uns gehegt und gepflegt werden muß. Die deutsche Universität ist eben nicht blos Anstalt für den höchsten wissenschaftlichen Unterricht, sondern zugleich Werkstätte der wissenschaftlichen Forschung. In dieser Einheit von Forschung und Lehre besteht der eigenthümliche Charakter der deutschen Universität, ihr ist es auch zu verdanken, daß das deutsche Volk heute in der wissenschaftlichen Welt den obersten Rang einnimmt. Dabei warnt doch Paulsen mit Recht vor dem Grundsatz: Die Wissenschaft allein für die Wissenschaft. Die Wissenschaft ist nicht blos eine Angelegenheit der Gelehrten, sondern des Volkes; die Emporbildung des ganzen Volkes ist das letzte Ziel alles Fortschrittes der Erkenntniß. „Ein Gelehrtenthum“, sagt der Verfasser, „das die Fühlung mit dem geistigen Leben der Gesammtheit verliert, verliert zuletzt auch das Gefühl für das, was wesentlichen Werth hat; schließlich ist alle Wissenschaft allerdings dazu da, dem Leben zu dienen.“

Zu den besten Ueberlieferungen der deutschen Hochschulen gehört das Band demokratischer Gleichheit, das alle seine Mitglieder, arm und reich, hoch- und niedriggeboren, umspannt. Schon Ernst Moritz Arndt pries diesen Vorzug! „Die stolze Gleichheit, die das beschränkte Leben aller selten mehr zeigt, rechne ich unter die ersten Herrlichkeiten des deutschen Studententhums, das als eine köstliche Reliquie dessen, was das ganze germanische Volk einst war, noch übrig ist.“ Doch vollzieht sich auch auf diesem Gebiete eine unerfreuliche Veränderung. Dem Unbemittelten wird das Studium immer mehr erschwert, auch wird der Nachwuchs aus Familien niedrigen Standes nach Möglichkeit abgewehrt. Der sozialaristokratische Zug, der seit einem Jahrhundert in der moralischen Physiognomie des deutschen Volkes hervortritt, zeigt sich auch in dem lebhaften Interesse der gelehrten Berufsstände für die „Standesehre“. Paulsen geht in dieser Ausschließung der unbemittelten Klassen vom akademischen Studium eine Gefahr; ein akademisches Beamtenthum, das nicht mehr wie eine Personalaristokratie aus der gesammten Bevölkerung, sondern allein aus den wohlhabenden Familien hervorginge, müßte vom Volk als eine Fremdherrschaft mit Mißtrauen und Abneigung betrachtet werden. Um hier zu helfen, muß das Meiste der privaten Thätigkeit überlassen bleiben. „An diesem Punkt ist dem Reichthum ein Gebiet schöner Verwendung aufgethan, am besten in persönlicher Fürsorge für Einzelne, aber auch in Stiftung von vollen Studienfreistellen an den Universitätsanstalten aller Stufen.“ Wir hoffen, daß dieser Appell an das wohlhabende Bürgerthum nicht ungehört verhallt. Unsere reichen Leute können in dieser Beziehung wenigstens noch viel von Amerika lernen, wo die Förderung und Neuschaffung der Hochschulen als schönstes Objekt großartiger Freigebigkeit gilt.

Auch an den eigenen Standesgenossen übt Paulsen offenherzige Kritik. Er beklagt es, daß die Dekorationen, Titel und Orden auch in die akademische Welt ihren Einzug gehalten haben. Es fehle in der gelehrten Welt an Gelegenheit zur Erwerbung von Verdiensten, die sich für eine solche Form der Anerkennung eignen. Mehrung und Wahrung geistiger Güter sei freilich für die Wohlfahrt und Ehre einer Nation von wesentlicher Bedeutung, aber es seien nicht Verdienste um den Staat. Sofern aber die Professoren durch solche Auszeichnungen aufgemuntert werden sollen, sich politische Verdienste zu erwerben, wäre das mit ihrem eigentlichen Berufe, der freien und unbefangenen Erkenntniß der Wahrheit, unverträglich. Der Universitätsprofessor hat mit der Politik nichts zu thun und soll damit nichts zu thun haben, das ist die von Paulsen mit großer Entschiedenheit verfochtene These. Wenn er trotzdem Partei für den gemaßregelten Dr. Arons nimmt, so geht er dabei mit der philosophischen Fakultät der Berliner Universität von der Voraussetzung aus, daß der Privatdozent kein Beamter sei, daß sein Charakter als Mensch und als Lehrer durch seine politischen Ueberzeugungen an sich nicht berührt werde, und daß eine politische Gefahr in der Zugehörigkeit eines Dozenten der Physik zur sozialdemokratischen Partei nicht zu erblicken sei. „Rein formelle Erfolge,“ schreibt Paulsen, „die ohne reellen Nutzen lediglich die Befriedigung gewähren, seine Macht bewiesen zu haben, sind für eine Staatsgewalt kein Ruhmestitel. Ich kann nicht umhin, zu denken, daß der Sieg, den das Staatsministerium über den Dr. Arons davongetragen hat, zu dieser Art von Erfolgen gehört.“

Es ist selbstverständlich, daß Paulsen durchaus für die Lehrfreiheit an den Universitäten eintritt. Was er darüber sagt, gehört zu den schönsten Theilen seines Buches. Professor kommt von profiteri, das Wort fordert ein freies Bekennen einer persönlichen Ueberzeugung. Ein eigentlich wissenschaftlicher Unterricht kann nur als ein völlig freier gedacht werden; ein gebundener Unterricht ist kein wissenschaftlicher. Für den akademischen Lehrer und seine Hörer kann es keine gebotenen und keine verbotenen Gedanken geben. Es giebt nur eine Lehrnorm: sich über die Wahrheit seiner Lehre vor der Vernunft und den Thatsachen auszuweisen. Allerdings, Freiheit und Gefahr sind nicht zu trennen. Aber Helmholtz hat Recht, wenn er die wissenschaftlichen Erfolge der Deutschen in der Furchtlosigkeit vor den Konsequenzen der vollen und ganzen Wahrheit begründet findet, die bei uns größer ist als anderswo. Welches Gebiet man auch in Betracht ziehen mag, ein Volk hat an der Erhaltung falscher Vorstellungen kein Interesse. Das Einzige, was Paulsen vom Universitätsprofessor fordert, ist ein positives Verhältniß zu Volk und Staat. Wer vom Katheder herab die anarchistische Doktrin lehren wollte, für den ist an der Universität kein Platz; und auch die Vertretung der sozialdemokratischen Lehre schließt er aus, so lange die Sozialdemokratie im Prinzip staatsfeindlich sei.

Nicht in die Tagespolitik sollen die Universitäten als Mithandelnde und Mitschuldige hineingezogen werden. Aber sie können in ihrer Gesammtheit etwas wie das öffentliche Gewissen des Volkes in Absicht auf gut und böse in der Politik, der inneren und äußeren, sein. Die Universitäten sollen das sittliche Urtheil vertreten und zur Geltung bringen. Es besteht heute die Gefahr, daß die deutsche Universität ihrem Wesen untreu gemacht wird. Hoffentlich verhallt Paulsens warnende Stimme nicht ungehört.

*) Berlin, Verlag von A. Asher u. Co. 1902.

---

* Der Ausschuß zur Vorbereitung der am nächsten Montag im Kaiserhofe zu Berlin stattfindenden **Versammlung von Mitgliedern deutscher städtischer Gemeindebehörden** wird dieser Versammlung folgende Resolution unterbreiten:

„Die heute in Berlin versammelten Mitglieder deutscher städtischer Gemeindebehörden sprechen sich, unbeschadet ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu den Zollfragen, gegen jede Erhöhung für Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel aus und erwarten gleichzeitig, daß die gesetzgebenden Faktoren auf die Fortsetzung und den Ausbau der bewährten Politik langjähriger Handelsverträge bedacht sein werden.“

Zu Referenten wurden Stadtrath Fischbeck-Berlin und Gemeinderath Dr. Rettich-Stuttgart definitiv gewählt. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Mitglieder aller deutschen städtischen Gemeindebehörden an den Berathungen theilnehmen können, und daß es zum Eintritt besonderer Einladungskarten oder Schreiben nicht bedarf. — Im Herrenhause hat übrigens vorgestern eine Versammlung derjenigen Oberbürgermeister stattgefunden, deren Städte Sitz und Stimme im Herrenhause haben. Die Versammlung war einberufen, um zu der Berliner Versammlung von Mitgliedern städtischer Vertretungen Stellung zu nehmen. Die Mehrheit der erschienenen Oberbürgermeister war der Auffassung, daß es für diejenigen Städte und städtischen Vertretungen, welche nicht auf dem Standpunkt einer unbedingten Verwerfung des Zolltarifes stehen, das Richtige sei, in Berlin überhaupt nicht zu erscheinen. Aus der oben mitgetheilten Resolution, die auch solche Theilnehmer, die für gewisse Zölle sind, getrost unterschreiben können, ergiebt sich, daß die Mehrheit der Oberbürgermeisterversammlung im Herrenhause mindestens etwas voreilig bei ihrer Stellungnahme gewesen ist. Die Versammlung der Oberbürgermeister, an der freilich nicht alle in Frage kommenden Herren theilnahmen, war übrigens der Ansicht, daß auch ohne die Anwesenheit der Stadtoberhäupter die von ihnen geleiteten Stadtverwaltungen auf der Berliner Zollkonferenz durch ein oder mehrere Mitglieder der städtischen Behörden vertreten sein würden. Um so unverständlicher erscheint die Abneigung mancher Oberbürgermeister, selbst einmal zuzusehen, was in der fraglichen Konferenz geschehen soll.

Das Exposé des Grafen Goluchowski.

Der gemeinsame österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, gab wie alljährlich bei Eröffnung der Delegationen gestern ein Exposé über die auswärtige Politik, das diesmal zunächst in der Sitzung des Budgetausschusses der österreichischen Delegation vorgetragen wurde. Nach einer Budapester Drahtmeldung hatte das Exposé folgenden Wortlaut:

Die auswärtigen Beziehungen.

Meine Herren! Aus der Allerhöchsten Ansprache Seiner Majestät bei Eröffnung der Delegationen haben Sie bereits entnommen, daß die auswärtigen Beziehungen der Monarchie in jeder Hinsicht als günstig und zufriedenstellend angesehen werden können. Und in der That stehen die Grundpfeiler unserer Politik unverändert aufrecht, während unser Verhältniß zu allen Staaten ohne Unterschied das Gepräge freundschaftlicher und vertrauenerweckender Gegenseitigkeit trägt, die am sichersten geeignet ist, der Pflege und Förderung des überall herrschenden Friedensbedürfnisses in nachhaltiger Weise den Weg zu bahnen.

Der Dreibund.

Der Dreibund, dessen Giltigkeitsdauer im Mai 1903 abläuft, geht nunmehr der Erneuerung entgegen, nachdem die drei Kabinette formelle Zusicherungen hinsichtlich ihrer besten Absichten ausgetauscht haben, den zwischen ihnen bestehenden Allianzvertrag in seinem vollen Werth aufrecht zu erhalten und an die Unterzeichnung der einschlägigen Instrumente rechtzeitig zu schreiten. (Lebhafter Beifall.) Auf der Grundlage sich gegenseitig deckender Interessen aufgebaut, jeder aggressiven Tendenz nach was immer für einer Seite bar, wird somit der eminent konservative Bund der europäischen Centralmächte auch weiter die hehren Friedensziele, denen er sein Entstehen verdankt, mit um so größerer Zuversicht verfolgen, als er nach den von berufener Seite wiederholt abgegebenen Erklärungen über die nicht minder friedfertigen Ziele des ihm gegenüberstehenden Zweibundes in dieser Gruppirung eine höchst werthvolle Ergänzung und Förderung seiner eigenen Aufgaben wohl erblicken darf.

Der Zweibund.

Diese sozusagen parallel laufenden Aktionen haben bereits ihre segensreichen Früchte in ausgiebigem Maße getragen und werden sich gewiß auch in Zukunft gleich gut bewähren, zumal ihr Wesen nicht allein für jeden der Theilnehmer in der Sicherung des eigenen Besitzstandes, sondern auch in dem Bestreben kulminirt, die schädlichen Rückwirkungen von Ereignissen, die sich in anderen Gebieten abspielen würden, zu paralysiren, falls es überhaupt nicht gelänge, das Auftauchen derselben zu verhindern. Es verdient hervorgehoben zu werden, wie der Gedanke, welcher die Anregung zu den fraglichen politischen Kombinationen gab, leicht Wurzel gefaßt hat, wie wertvoll er sich in seiner weiteren Ausführung erwies, wie rasch es ihm gelang, in der Gestaltung der internationalen Beziehungen sich das Bürgerrecht zu erwerben und sich einigermaßen zu einem System herauszubilden, welches heute selbst in außereuropäischen Fragen Anwendung findet.

Die ostasiatischen Zweibünde.

In dieser Hinsicht kann ich als Beispiel auf den kürzlich zu Stande gekommenen englisch-japanischen Vertrag bezüglich Chinas und Koreas hinweisen, dem die russisch-französische Vereinbarung auf dem Fuße gefolgt ist, eine Abmachung, die von demselben konservativen Geiste beherrscht wird, wie es bei der Begründung unseres eigenen Allianzverhältnisses der Fall war. Auch hier kommt das Bestreben zum Ausdruck, den Gefahren vorzubeugen, die sich aus den ostasiatischen Fragen für den allgemeinen Frieden ergeben könnten. Auch hier findet man in der Aufrechterhaltung des status quo und in der Sicherung der territorialen Integrität der erwähnten Staaten das wirksamste Mittel, nur um das Auftauchen weit ausgreifender Komplikationen zu verhindern.

Auch hier endlich giebt sich das Bedürfniß kund, die konservative Aktion einer bestimmten Gruppe durch analoge Vorkehrungen seitens einer anderen zu ergänzen und durch Schaffung eines entsprechenden Gegengewichtes noch erfreulicher zu gestalten. Die Vortheile dieser internationalen Konstellationen werden aber noch dadurch prägnanter, daß letztere nicht im mindesten spezielle Vereinbarungen zwischen einzelnen Mächten der verschiedenen Gruppen ausschließen über ihre spezifischen Interessen, die sie allein berühren, und deren Regelung in jeder Weise nicht nur in keinem Widerspruch mit den Prinzipien steht, welche den Zusammenschluß der Hauptgruppen bewirkten, sondern im Gegentheil nur geeignet ist, die Garantien zu vermehren, mit denen man heute allseitig beflissen ist, das große Friedenswerk zu umgeben.